

## SHORT NEWS

**Mais où est passée la culture?**

Alors que les négociations pour former un nouveau gouvernement battent leur plein, des groupes extra-parlementaires s'invitent au débat. Cette manifestation de démocratie devrait aider les futurs ministres à prévoir les batailles de l'avenir. Après les acteurs du monde social, c'est au monde culturel d'exprimer ses inquiétudes face aux négociations en cours et de rappeler aux futurs coalitionnaires qu'ils sont déjà en train de briser une promesse électorale avant même que le gouvernement ne soit formé. En effet, comme le déplore l'association « Forum Culture(s) » dans une lettre ouverte envoyée à Jean-Claude Juncker, aucun groupe de travail ne mentionne la culture et aucun communiqué n'y fait référence. Alors qu'avant les élections tous les partis s'étaient bousculés pour signer le pacte culturel de la même association - qui revendique justement une place de premier choix pour la politique culturelle au sein du nouveau gouvernement. De deux choses l'une : ou bien les coalitionnaires traitent la culture de façon transversale et interministérielle, comme le veut le pacte, ou bien toutes leurs bonnes intentions n'étaient que poudre aux yeux.

**Gemeinsam gegen Steuerhinterziehung**

Als am 21. Oktober 2008 in Paris eine informelle Sitzung der OECD stattfand, um den Steuerparadiesen den Garaus zu machen, setzte Luxemburg auf die Politik des leeren Stuhles. Danach gab es ein paar unschöne Sprüche seitens des deutschen Finanzministers (SPD) und seines Parteichefs in Richtung ihrer „unkooperativer“ Nachbarn. Und im April einen G20-Gipfel in London, in dessen Folge Luxemburg auf einer grauen Liste auftauchte. Dass Juncker eine noch miesere Miene aufzog, als noch im Oktober, lag wohl daran, dass er sich bei seinen großen Nachbarn die Garantie geholt hatte, Luxemburg würde nicht auf irgendwelche Liste gelangen. Dabei hatte man sich bemüht, schnell eine Reihe neuer bilateraler Abkommen abzuschließen, um so den OECD-Standards zu entsprechen. Als diese Woche eine weitere informelle Sitzung der OECD in Berlin stattfand, war Luxemburg nicht mehr abwesend. Juncker und Frieden - offiziell wegen des Nationalfeiertags als unabkömmlich gemeldet - ließen sich von Wirtschaftsminister Krecké vertreten. Anders als acht Monate zuvor gab es nur noch Lobeshymnen aus dem Munde des deutschen Finanzministers. Für Kreckés LSAP kamen diese wohlwollenden Worte zu spät. Ob Steinbrücks SPD das von allen gezeichnete Schlusskommuniqué als persönlichen Erfolg ummünzen kann, werden die Wahlen im September zeigen.

woxx@home

**Legaler Terror**

Ein paar Punks schmeißen im Stadtpark Müllkörbe um, und der Bürgermeister spricht von rechtsfreien Räumen, die es auszutilgen gilt. Doch wenn ein ganzer Straßenzug über Monate vom Lärm und den Vibrationen der Schlaghämmer des Monopol-Abbruchs regelrecht terrorisiert werden, dann beschränkt sich der Aktivismus des obersten Stadtbürgers darauf, auf seine Verantwortungslosigkeit hinzuweisen. Sollen die BürgerInnen doch selbst herausfinden, wo und wie sie ihre Beschwerde loswerden. Aber bitte „schriftlich“ an das staatliche Umweltamt. Einfach anrufen um sich nach Zuständigkeiten zu erkundigen, das ist im Land der kurzen Wege nicht vorgesehen. Die Antwort kommt prompt - nach zwei Wochen. Man bestätige den Eingang des Schreibens ... und werde sich das „établissement“ anschauen. Inzwischen ist zwar so manche Festplatte hinüber und die Kacheln im Bad stehen fünf Millimeter vor der Wand, an der sie einmal befestigt waren, aber so hat alles seine Ordnung. Und das ist ja ungemein beruhigend und eine Wohltat für die blank liegenden Nerven.

## AKTUELL

## ARBEITSMARKT

**Ruhe vor dem großen Sturm**

Richard Graf

**Auch wenn die Konjunkturdaten eine Ende der Talfahrt andeuten, wird die Situation am Arbeitsmarkt doch über Monate hinweg angespannt bleiben.**

Nach offizieller Lesart waren Ende Mai 12.842 Personen in Luxemburg auf der Suche nach Arbeit. Das sind zwar 279 weniger als einen Monat zuvor, doch lässt sich ein positiver Trend aus dieser Abnahme nicht ableiten. Sie ist nur eine Folge des in jedem Frühjahr auftretenden saisonalen Beschäftigungsschubs. Ein Blick auf die Vergleichszahlen des Vorjahres macht die Auswirkungen der Krise deutlich: Ende Mai 2008 waren 9.255 Erwerbslose bei der Arbeitsverwaltung ADEM gemeldet, rund ein Viertel weniger als 2009. Die Arbeitslosenquote stieg damit innerhalb eines Jahres von 4,1 auf 5,4 Prozent. Die symbolträchtige Grenze von 10.000 Arbeitslosen wurde erstmals im Oktober 2008 überschritten.

Diese Zahlen umfassen allerdings nur die in Luxemburg wohnenden „demandeurs d'emploi“. Nicht enthalten sind die Grenzgänger, die ihren Arbeitsplatz in Luxemburg verloren haben und von den Arbeitsämtern ihrer Heimatregionen betreut werden. Ebenfalls fehlen 3.120 Personen, die in sogenannten Beschäftigungsmaßnahmen tätig sind. Im Mai 2008 betrug ihre Zahl zwar noch 3.280, doch ist dieser Rückgang vor allem auf das 3611-Gesetz von 2007 zurückzuführen: Im Juni 2008 liefen die letzten CAT-Verträge aus; seit Juli 2008 lag daher die Zahl der Personen, die von Beschäftigungsmaßnahmen profitieren konnten, konstant unter 3.000. Arbeitsminister François Biltgen (CSV), der diese Zahlen im Anschluss an die Sitzung des Konjunkturkomitees am vergangenen Mittwoch präsentierte, machte deutlich, dass die Zahl der Beschäftigungsprogramme in Zukunft wieder kontinuierlich zunehmen werde; nicht zuletzt, weil die diversen 3611-Maßnahmen nachgebessert wurden.

Biltgens Kollege im Wirtschaftsministerium, Jeannot Krecké (LSAP), gab beim selben Anlass die Maßnahmen bekannt, die im Bereich Kurzarbeit getroffen wurden. Für den Monat Juli hatten 144 Betriebe Kurzarbeit beantragt. 132 Anträge, die theoretisch 10.811 ArbeitnehmerInnen erfassen, wurden genehmigt. Für den Monat

Juni hatte das Konjunkturkomitee 134 Anträge angenommen, im Mai waren es 121 und im April 110. Auch hier lässt sich kein klarer Trend in Richtung Aufschwung erkennen, allenfalls, so Jeannot Krecké, könnte man vorsichtig optimistisch vom Erreichen der Talsohle sprechen.

**10.811 Kurzarbeitsanträge**

Die bewilligten Anträge sagen aber nicht unbedingt etwas über das tatsächliche Volumen der Kurzarbeit aus. Das illustrieren die Zahlen des Monats März, für den bereits die entsprechenden Abrechnungen vorliegen. Von den 89 Genehmigungen wurden tatsächlich nur 77 in Anspruch genommen. Von den 9.630 potentiellen KurzarbeiterInnen arbeiteten im März tatsächlich nur 7.215 kurz. Die letzte Zahl kaschiert auch den Umstand, dass die Betroffenen nicht über die ganze Zeit zur Kurzarbeit angehalten wurden. Das machen die Kosten der Maßnahme deutlich: Statt der geplanten 14,35 Millionen Euro mussten nur 7,25 Millionen ausgezahlt werden. Demnach wurde nur halb soviel kurzgearbeitet wie ursprünglich erwartet. Eine ähnliche Relation wird für den Monat April erwartet, für den noch keine abschließenden Zahlen vorliegen.

Eine detaillierte Analyse der Auswirkungen und der Kosten der derzeitigen Wirtschaftskrise stellten Biltgen und Krecké für Ende Juli in Aussicht. Hinsichtlich der weiteren Entwicklung verweist das Ministerduo auf die jüngsten Konjunkturerhebungen der STATEC. Das Statistikamt sieht bei den wichtigsten Indikatoren - etwa den Erwartungen bei den Verantwortlichen in der Industrie oder beim Bau - einen leichten Anstieg im Monat Mai. Auch die Einlagen bei den luxemburgischen Finanzfonds haben wieder leicht zugenommen. Doch sind diese Signale zu schwach, um bereits Hoffnung auf eine Entspannung zu begründen. Auch eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt lässt sich aus ihnen nicht ableiten. Im Gegenteil. François Biltgen sprach von einem Sturm, der im Spätsommer losbrechen werde, wenn die Schulabgänger auf Stellensuche gehen.